

# Die 80 Punkte der Solidarity-Bewegung

## A Das Debakel

### 1

Ein paar hundert transnationale Konzerne und Grossbanken diktieren zu Beginn des 21. Jahrhunderts als ein gigantisches **globales Oligopol der Reichsten und Mächtigsten** das wirtschaftliche, finanzielle und politische Geschehen weltweit. Sie orientieren sich dabei ausschliesslich an ihren eigenen Interessen. Selbst im kulturellen Leben hat ihr Einfluss ein unhaltbares Ausmass erreicht. Solche Machtballung ist das Ergebnis von mehreren Jahrzehnten **neoliberaler Herrschaft**. Je länger sie währt, desto weniger ist sie mit Demokratie vereinbar. (9)

### 2

Kernpunkt der 2007 ausgebrochenen, **strukturellen Krise des Kapitalismus** ist die lawinenartige Verschuldung der meisten wirtschaftlich führenden Staaten sowie vieler Unternehmen und privater Haushalte. Unmittelbarer Auslöser der Krise war eine Immobilienblase in den USA, deren Anschwellen durch kriminelle Umtriebe vorangetrieben wurde. Regierung, Kongress und Aufsichtsbehörden haben dem wilden Treiben allzu lange tatenlos zugeschaut. Die Eingriffe der zuständigen Instanzen, vor allem der Notenbanken und globalen Institutionen (in erster Linie des Internationalen Währungsfonds), erschöpften sich vorerst in kosmetischen Massnahmen und Feuerwehreaktionen. Erst Jahre später, als die systemischen Krankheitssymptome mit dem finanziellen Zusammenbruch in Island und den sukzessiven Krisen in Griechenland, Irland, Spanien, Portugal, Zypern und anderen Ländern eine neue Alarmstufe erreichten, besann man sich –besonders in der OECD, dem wichtigsten Organ der hochentwickelten Staaten– auf radikalere Massnahmen. (10, 12)

### 3

Konzerne und Banken, die von ihren Besitzern und Managern mit verantwortungslosen Geschäftspraktiken in den Morast der Insolvenz getrieben worden sind, mussten –da sie zu gross waren, als dass man sie pleite gehen lassen konnte, weil sonst angeblich dem gesamten privatwirtschaftlichen System der Untergang drohte (*too big to fail*)– mit öffentlichen Mitteln gerettet und saniert werden. In den Vereinigten Staaten, Grossbritannien, Japan, Deutschland, Frankreich und anderen Ländern flossen zu diesem Zweck auf Kosten der Allgemeinheit jeweils Hunderte Milliarden Dollar und Euro in die bankrotten Firmen vor allem des Finanzsektors – Geldmittel, die den Fiskus und damit letztlich die Steuerzahler belasten, soweit sie von den geretteten Banken nicht zurückbezahlt werden können.

Die reichen Staaten scheinen wenig Bewusstsein und wenig Bedenken ob der Tatsache zu haben, dass sie ein Vielfaches dessen zur Sanierung skrupellos agierender Finanzinstitute ausgeben, was sie für solidarische Zusammenarbeit und für Wiedergutmachung kolonialer und neokolonialer Ausbeutung zugunsten der unterentwickelten Nationen aufzubringen bereit sind. (55-56)

### 4

Ihren höchsten Ausdruck findet die Irrationalität des Neoliberalismus im Finanzsektor, der seine eigentliche Funktion als Helfer der produktiven Wirtschaft immer weniger erfüllt. Die Explosion der Kredit- und Schuldenwirtschaft hat nach und nach fast den gesamten Globus erfasst und damit den Zusammenbruch sowohl direkt betroffener Individuen und Firmen als auch ganzer Volkswirtschaften verursacht. Die wohlhabenden Gesellschaften des Nordens praktizieren jetzt genau das, was sie dem

verarmten Süden schon immer vorgeworfen haben: nämlich **alte Schulden mithilfe von neuen Schulden** zu <bedienen>. Dabei ist im Norden ebenso offensichtlich wie im Süden, dass die Schulden viel rascher zunehmen als die wirtschaftliche Leistung, aus der allein jene wirklich abgezahlt werden könnten. Irgendwann müssen, egal wo und unter welchen Begleitumständen, solche Schuldenballone platzen.

Nicht weniger offensichtlich ist, dass in dem Masse, wie die öffentlichen und privaten Schulden anschwellen, auch die **Geldvermögen der privilegierten Schichten** unaufhaltsam steigen. Die immer einseitigere Verteilung der Vermögen ist also nichts anderes als die Kehrseite der Schuldenpolitik. Die Mechanik von Zins und Zinseszins treibt die soziale Polarisierung immer weiter, bis es zu Kollaps, Aufruhr und Umbruch kommt. (108-109)

## 5

Unter dem Neoliberalismus hat ein **mörderischer Steuerwettbewerb zugunsten der Reichen** eingesetzt. Am logischen Endpunkt dieses Wettlaufs steht die totale Steuerfreiheit für das international mobile Kapital. Dabei wurde die Verteilung der Steuerlasten radikal geändert: Unternehmenssteuern wurden reduziert (im Mittel von etwa 50 auf 30%), Vermögens- und Erbschaftssteuern ebenfalls, oft sogar kurzerhand abgeschafft, und die Einkommenssteuern für die Bestverdienenden massiv gesenkt.

Dieser Trend zu immer neuen Steuerreduktionen für die *global players* bei den Unternehmen und zugunsten der Oberschichten und die gleichzeitige Mehrbelastung für die Bevölkerungsmehrheit durch erhöhte direkte und vor allem indirekte Steuern – letztere in der Form von Konsumsteuern – kommt einer Rückkehr zu feudalen Verhältnissen wie einst im Mittelalter gleich. Bestätigt und verstärkt wird diese Rückentwicklung zudem durch immer häufigere Fälle von *land grabbing*, also die Besitzergreifung grosser landwirtschaftlicher Nutzflächen durch private, global agierende Unternehmergruppen auf Kosten der Lokalbevölkerung in verschiedenen Regionen der Dritten Welt (mehr dazu in Punkt 62). (172, 176)

## 6

Die Banker fanden nach einem ersten, vorübergehenden Abklingen der Krise ab 2010 rasch zum *business as usual* zurück. Als das wirtschaftliche Wachstum in den USA allen Prognosen zum Trotz nicht anspringen wollte, suchten Regierung und Federal Reserve (die Zentralbank) ihr Heil darin, dass der Leitzins bei null angenagelt und gleichzeitig im Rahmen eines *quantitative easing* genannten Stimulierungsprogramms Billionen Dollar vorwiegend elektronischen Geldes in Umlauf gesetzt wurden. Beide Massnahmen widersprechen den Grundgesetzen finanzpolitischer Orthodoxie und werden sich früher oder später als **hoch wirksame Gifte für die Wirtschaft** erweisen.

Die Notenbanken Europas und Japans folgten diesem Beispiel ohne langes Zögern. Auch so gelang es in keinem der drei führenden Blöcke, die wirtschaftliche Aktivität dauerhaft wiederanzukurbeln. Die meisten Banken horteten das Geld, indem sie es bei den Zentralbanken deponierten, anstatt Kredite an die reale Wirtschaft zu vergeben. Zusammen mit der Niedrigzins- oder gar Nullzinspolitik wie auch mit der vielerorts weiter steigenden Verschuldung verstärkte das – vorläufig mit Ausnahme Chinas und teilweise Indiens – die depressiven Tendenzen in der Weltwirtschaft. Dramatischste Folgeerscheinung solcher Politik ist eine **alarmierende Zunahme der Arbeitslosigkeit** in den meisten Ländern. (14)

## 7

Ab 1990 erreichten die neoliberalen Fehlentwicklungen ihren Höhepunkt. Die Augenfälligkeit immer rascher und höher kumulierten Reichtums in den Händen einer Minderheit und auf der Gegenseite Zustände erschütternder Armut, in denen etwa die Hälfte der Erdbevölkerung gefangen bleibt, schockiert das Gewissen sozial denkender Menschen. Die zusehends tiefere **Spaltung in eine kleine Gruppe von Privilegierten und eine enorme Masse von Besitzlosen** ist nicht nur im Verhältnis zwischen reichen und armen Ländern festzustellen. Sie prägt auch die Verteilung innerhalb fast jeder der rund 200 Nationen der Erde.

2005 bezifferte sich der Besitzstand der 8,7 Millionen Reichsten der Erde auf die Summe von 33300 Milliarden oder 33,3 Billionen US-Dollar. 8,7 Millionen Individuen, etwa ein Promille der Erdbevölkerung: Jeder –und jede– Tausendste gehört somit dem exklusiven Klub jener Leute an, die den von allen erzeugten Reichtum monopolisieren, Wirtschaft und Politik beherrschen und im Übrigen durch den Besitz der einflussreichsten Massenmedien auch weitgehend entscheiden, was Demokratie ist und wie weit sie für die Allgemeinheit reichen soll.

Die Reichsten unter den Reichen verfügen als Einzelpersonen über Vermögen, die das jährliche Bruttoinlandprodukt vieler mittelgrosser Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas bei weitem übertrafen. Gar nicht zu beziffern ist die politische Macht, die solchem Privatbesitz entspringt. Genährt werden die gigantischen Aktiva dieser obersten Schicht durch kaum besteuerte Erbschaften, Kapitalgewinne aller Art und völlig überzogene Manager- oder Verwaltungsratsgehälter. In manchen Fällen beziehen diese Leute Saläre, die das Hundert- bis Tausendfache und in einigen Extremfällen noch viel mehr dessen betragen, was dem branchenüblichen Mindestlohn entspricht. (21, 22, 23-26)

## 8

Wer das Hundertfache, Tausendfache oder noch mehr verdient als wer den kleinsten Lohn bezieht, muss in Kauf nehmen, im Verdacht zu stehen, dass etwas nicht stimmt. Entweder ist solcher Exzess das Ergebnis **von Ausbeutung oder rücksichtsloser Nutzung eines monopolistischen Vorteils** auf Kosten anderer. Derartige Diskrepanzen, die früher oder später gesellschaftlich verheerende Auswirkungen haben, müssen korrigiert werden. Der einzige sinnvolle, effiziente und nachhaltige Weg, das ethisch untragbare Übermass an Gewinn auszugleichen und damit auch den impliziten gesamtwirtschaftlichen Schaden einer politischen Explosion zu vermeiden, ist die Steuerpolitik. Ein Teil der Beute, in extremen Fällen ein grosser Teil, muss an die Gemeinschaft zurückgeführt werden. (50)

## 9

Mit Hilfe von **<Flexibilisierung> und Auslagerung von Arbeitsprozessen** und ganzen Fabriken in Länder mit geringeren Lohnkosten wird die Konkurrenz zwischen den Beschäftigten weltweit verschärft. Zu allem Übel kommt noch die Tatsache, dass die Schwarzarbeit fast auf der ganzen Erde zunimmt. 2009 wurde die Menge der so genannten informellen Arbeitskräfte auf ungefähr 900 Millionen geschätzt. Zählt man aber jene dazu, die unter prekären Umständen in der Landwirtschaft tätig waren, kommt man auf rund zwei Milliarden. Davon lebten 700 Millionen im Elend –mit weniger als einem Dollar Einkommen pro Kopf und Tag– und weitere 1,2 Milliarden verdienten weniger als 2 Dollar am Tag. Machtlos mussten diese Menschen zuschauen, wie soziale Zustände, die man längst überwunden glaubte, wiederhergestellt werden. Ungeschützte Lohnarbeit ist in der nördlichen ähnlich wie in der südlichen Hemisphäre wieder zu einer weit verbreiteten Praxis geworden. (27, 29)

## 10

Transnationale Unternehmen und lokal verwurzelte oligarchische Kreise haben dank dem Fehlen weltweit wirksamer Regulierung beinahe beliebige Mittel und Möglichkeiten, um **legale und illegale Gewinne aus der Dritten Welt** herauszusaugen. Die Existenz solcher Ausbeutungspraktiken ist hinreichend erforscht. Sie ist in multilateralen Institutionen wie der Welthandels- und Entwicklungsorganisation (UNCTAD) und neuerdings auch der OECD analysiert, öffentlich anerkannt und angeklagt worden. Und doch ist es bisher nicht gelungen, dem einen Riegel vorzuschieben. Die global etablierten Interessen sind aufgrund der Existenz von rund 70 Steueroasen, die über den ganzen Globus verstreut sind, nach wie vor stärker als alle vitalen Bedürfnisse der von Plünderung und Elend betroffenen Völker.

Die im Zustand der Unterentwicklung festgehaltenen Länder sind längstens zur Einsicht gelangt, dass das ewige Werben der industrialisierten Staaten für liberale und neoliberale Normen in der Weltwirtschaft in erster Linie und immer wieder den Interessen des Nordens dient. Dass die

Reichen der Erde überdies nur solange an den Prinzipien des Liberalismus festhalten, wie dieses Regime ihnen selber von Nutzen ist. Und dass sie –hauptsächlich in der Agrarpolitik– ohne Zögern zu den **Waffen des Protektionismus** greifen, wenn das ihrem eigenen Nutzen entspricht. (45)

## 11

Das transnationale Kapital, das die globalisierte Welt dominiert, hat immer die einen und selben Ziele: Expansion der Märkte und die Kontrolle über diesen Prozess, Plünderung der Naturschätze auf dem ganzen Erdball und die Ausbeutung von Arbeitskräften, die vor allem in den unterentwickelten Ländern in praktisch unerschöpflichen Mengen vorhanden sind. Die Konzerne konzentrieren sich in erster Linie auf die Beherrschung der Technologie (und das heisst in zunehmendem Masse auf den Hochschulsektor), die Kontrolle der Finanzflüsse, der wichtigsten Energieträger, der Rüstungsindustrie (in erster Linie der Massenvernichtungswaffen und der Überwachungstechnologie), des Telekomsektors und der Medien. Mit der Schützenhilfe von Regierungskreisen jener Länder, in denen sie selber ansässig sind, entwerfen sie unter Einbezug der Erkenntnisse von Vertretern der Intelligenz in permanenten Gremien wie dem Council on Foreign Relations (CFR, 1921 gegründet), der nach dem Zweiten Weltkrieg periodisch einberufenen Bilderberg-Konferenz und, zusammen mit Vertretern des japanischen Grosskapitals, in der so genannten Trilateralen Kommission die Strategie zur **Lenkung und Beherrschung der Weltwirtschaft**. Der militärische Arm dieser globalen Machtorganisation ist die NATO mit Sitz in Brüssel. (62-63)

## B Die ungerechten Strukturen

### 12

Im Kapitalismus steht das Ideal der Demokratie im Widerspruch zu den **Eigentumsverhältnissen an den Produktionsmitteln**. Nur eine Minderheit von Aktieninhabern verfügt in der Privatwirtschaft über ein entsprechendes Mitsprache- und Entscheidungsrecht – in der Praxis allerdings auch nur, wer ein genügend grosses Paket an Aktienkapital besitzt. Die wichtigen Beschlüsse fallen in der Regel ohnehin nicht in der Generalversammlung, dem Gremium aller Kapitalteilhaber, sondern im engsten Kreis der meistens fürstlich entlohnten Mitglieder von Aufsichtsrat und Management.

Die übrigen, gewöhnlichen Bürger haben in der Privatwirtschaft der meisten Länder an ihrem Arbeitsplatz nichts zu sagen, auch wenn sie mit ihrem stetigen persönlichen Einsatz entscheidend zum Gelingen des Unternehmens beitragen. Als teilweise Ausnahmen sind diesbezüglich jene Staaten zu nennen, die den Lohnabhängigen aufgrund verfassungsmässiger Bestimmungen im Rahmen eines Betriebsrates mehr oder weniger effektive Mitspracherechte einräumen. (90)

### 13

Der grundlegendste, unhaltbarste Widerspruch im privatwirtschaftlichen System ist wohl der, dass der Kapitalismus ein unpersönliches und –wie die Bezeichnung seiner typischen Unternehmensform unmissverständlich besagt– ein anonymes Gefüge ist, die Arbeit hingegen das Persönlichste, was es in der wirtschaftlichen Aktivität überhaupt gibt. Der **arbeitende Mensch** engagiert sich im Produktionsprozess mit seiner ganzen Person. Demgegenüber leistet die Seite des Kapitals keinen wirklich existenziellen Einsatz. Sie investiert Geld- und Sachmittel, die auf irgendwelche Art und Weise akkumuliert worden sind, und trägt eigenes Risiko nur mit dem Vermögen, in grösseren Unternehmungen nur bis zur Höhe des eigenen Kapitals (also der Aktien). Kapital ist nur ein Mittel, Arbeit dagegen ein Wert an sich selbst. (91)

### 14

Wenn die Logik des privaten Interesses und des privaten Kapitals als hauptsächlichlicher Mechanismus zur Lenkung der wirtschaftlichen Aktivität und zur Verteilung von Reichtum, Wissen und Macht

vorherrscht, kann es **keine harmonische, gesamtgesellschaftlich sinnvolle Entwicklung** und folglich auch keinen dauerhaften sozialen Frieden geben. Das Streben nach immer mehr Einkommen, materiellem Vermögen und darauf beruhendem politischem Einfluss zerstört die Beziehungen zwischen den Menschen. Soll dieser verheerende Prozess gestoppt werden, muss die bisher unkontrollierte Funktion dieser Triebfeder entschärft werden. Der Begriff des Wachstums muss eine neue quantitative und qualitative Dimension erhalten. (74)

## 15

Offensichtlichste Kundgebung der strukturellen Probleme, die der Kapitalismus auf globaler Ebene erzeugt und andauernd verschärft, sind die **gewaltigen Wanderbewegungen**, die in den letzten Dekaden neoliberaler Herrschaft ausgelöst wurden. Millionen und Abermillionen Menschen, die in ihren Heimatländern in Asien, Afrika und Lateinamerika keine Möglichkeit für ein menschenwürdiges Leben mehr sehen, haben sich auf den Weg gemacht, um in einer –vermeintlich– besseren Welt neu anzufangen.

Und jetzt klopfen sie an: auf Lampedusa und den Kanarischen Inseln, in Ceuta und Melilla an der Strasse von Gibraltar, in der Ägäis, am elektrifizierten Grenzzaun zwischen Mexiko und den USA, am Betonwall, den Israel in willkürlich gewundenen Linien durch das Westjordanland zieht.

Die Flucht von Millionen Menschen, Opfern einer neokolonialen Wirtschafts- und Handelspolitik, aus dem geplünderten Süden in den wohlhabenden Norden, muss uns vor Augen führen, dass wir **alle in einer Welt leben**, deren ökologisches, soziales und politisches Überleben das Problem aller ist. Die Errichtung neuer Mauern und Stacheldrahtwälle, die Patrouillen faschistoider Bürgerwehren und die Verwandlung Europas und Nordamerikas in Festungen werden daran nicht viel ändern. Solange die Nordländer als Hauptverantwortliche dieser Missstände das Heil in repressiven Massnahmen mit teuren Systemen zur Überwachung ihrer Grenzen und Meere suchen, machen sie sich der Urheberchaft struktureller Gewalt schuldig. (302-303)

## 16

Die Politik von konservativen, rechtsliberalen, rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien, Bewegungen und Bürgergruppen läuft im Wesentlichen darauf hinaus, die tieferen Ursachen, die dem Phänomen der sprunghaft zunehmenden Wanderbewegungen in der Welt zugrunde liegen, einfach unter den Teppich zu kehren. Die Ursachen dieser Entwicklung sind in den **ungerechten Strukturen der Weltwirtschaft und des Welthandels** zu suchen. Diese wiederum bringen ein von Grund auf ungerechtes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem zum Ausdruck, das in letzter Instanz nur die Kraft des Grösseren und Mächtigeren gelten lässt und das Streben nach einer Maximierung des Profits auf die Spitze treibt.

Diesen Irrweg nicht weiter zu beschreiten, ist für alle, die an Demokratie und Solidarität glauben, ein dringliches Gebot. Nur mit Hilfe von sozialem Ausgleich (was nicht mit Gleichmacherei zu verwechseln ist) werden wir zu einer ausgewogenen und friedlichen Gesellschaft und zu hinreichender Lebensqualität für alle finden. (15)

## 17

Weder der Kapitalismus mit seinen für die Dritte Welt so verderblichen Korrelaten des Kolonialismus und Neokolonialismus noch der Kommunismus bolschewistisch-sowjetischer Machart hat den Menschen die Sicht auf eine humanere Zukunft eröffnet. Beide erzeugten unhaltbare Zustände, wie sie die Spaltung der Gesellschaft in Privilegierte und Besitzlose, in Teilhaber am jeweiligen System und davon Ausgeschlossene mit sich bringt. Ein nicht weniger tragisches Ergebnis ist die rücksichts- und pietätlose **Zerstörung der Natur**, sowohl aus reiner Profitgier, als auch als Folgeerscheinung einer absoluten Verantwortungslosigkeit, die durch die bürokratischen und autoritären Strukturen stalinistisch geprägter Gesellschaften betrieben wurde. Auf beiden Seiten hat der Machthunger eine zentrale Rolle bei der Verwüstung der Umwelt gespielt.

Nach solchen schlimmen Erfahrungen, die im einen Fall bereits mehrere Jahrhunderte andauern und im anderen mit der Russischen Revolution eingeleitet wurden, sind wir alle gefordert. Es müssen Auswege gefunden werden, um im Interesse und Dienst zukünftiger Generationen wenigstens erste Schritte in Richtung auf eine gerechtere und damit auch friedlichere Gesellschaft zu gehen. Das setzt voraus, dass wir uns der Tragweite des gegenwärtigen Desasters bewusst werden (anstatt es zu beschönigen oder zu ignorieren) und die tieferen Ursachen der von unseren Vorfahren und von uns selbst herbeigeführten Fehlentwicklung erkennen. (89)

## 18

Die **Sozialdemokratie** hat traditionell für eine gemischte Ökonomie gestanden, für die Abmilderung der <Ungleichheiten> des Kapitalismus durch progressive Steuern und soziale Wohlfahrt, für parlamentarische Demokratie und bürgerliche Freiheiten. Damit ist es ihr in mehreren Ländern gelungen, die Lebensverhältnisse der Arbeiterklasse zu verbessern. Bis vor wenigen Jahrzehnten mochte man noch hoffen, dass die <soziale Marktwirtschaft> als mittlerer Weg zwischen den Extremen eines zügellosen Kapitalismus und eines bürokratischen Sozialismus sowohl die übelsten Gegensätze als auch die schroffsten Klassenkampfthesen vermeiden und dabei den Schutz der Schwächeren in der Gesellschaft gewährleisten könnte. Doch bleiben zum Schluss besagte <Ungleichheiten> zurück, die in jüngster Vergangenheit sogar wieder gravierender geworden sind. Mittlerweile ist die Sozialdemokratie derart stark an den kapitalistischen Machtstrukturen beteiligt, dass sich ihre wichtigsten Parteien seit Beginn der 1980er Jahre auf die Seite des Neoliberalismus geschlagen und aktiv in der <Modernisierung> des Systems engagiert haben. Sie hat aufgrund gewisser historischer Erfahrungen und grundlegender Theoriedefizite keine erneuerte Konzeption der gesellschaftlichen Kontrolle des Kapitals und der Steuerung der Investitionen entwickeln können (oder wollen). (83-84)

## 19

Bürgerlichen wie auch Sozialdemokraten mangelt es gleichermassen an ideologischer Überzeugung und Entschlossenheit, um eine **alternative Politik** in die Wege zu leiten und Werte zu vertreten, die sich eindeutig gegen das neoliberale Modell wenden. Die Diskussion um eine radikale Steuerreform wird kaum irgendwo geführt. Die Priorität strukturell und langfristig gedachter monetärer Stabilisierungsmassnahmen wird zwar bisweilen erkannt, jedoch in einem falschen Licht gesehen: Anstatt dass man sie in den Rahmen einer neuen, wirklich alternativen Entwicklungspolitik stellt, will man sie orthodox kapitalistischen Kriterien unterwerfen, die an den herrschenden Besitzverhältnissen in keiner Weise rütteln wollen. (86-87)

## 20

Es darf in den Augen des bürgerlichen Propagandaapparats keinen **Dritten Weg** geben: Entweder Kapitalismus oder Chaos und Anarchie! Die vom Grosskapital über weite Strecken beherrschten Medien haben dafür zu sorgen, dass das breite Publikum im Glauben bestärkt wird, die derzeitige kannibalische Weltordnung sei unabänderlich und die Allmacht des Marktes unantastbar. Vor allem muss verhindert werden, dass das schleichende Unbehagen in weiten Kreisen der Bevölkerung über die Krise und über die das Kapital schonenden Sanierungsversuche sich in Aktionen der Solidarität und Revolte niederschlägt. (92)

## 21

Die globale Diktatur des Eigentums an den Produktionsmitteln hat zu einer explosiven **sozialen Desintegration** der Weltgesellschaft geführt: Auf der einen Seite, in der so genannten Dritten Welt, in zunehmender Weise aber auch in den Randzonen der industrialisierten Welt zu immer mehr Armut, Hunger und Gewalt. Auf der anderen Seite grenzenloser Reichtum, computerisierte und robotisierte

Produktion, gewaltige wissenschaftliche Entdeckungen und Fortschritte, von denen jedoch nur ein kleiner Teil der Menschheit profitieren kann, und geradezu absurde Möglichkeiten kommerzieller und kultureller Vergnügungen, auch diese zum weitgehend exklusiven Genuss der Privilegierten dieser Erde. (96)

## C Die Rolle des Staates

### 22

Der immer häufiger, allseitiger und nachdrücklicher erklingende Ruf nach einer <Globalisierung von unten> und nach gleichzeitiger <**Demokratisierung von unten**> setzt radikales Denken und einen radikalen Wandel in Theorie und Praxis voraus. Radikalität meint hier, dass die Wurzeln der gegenwärtigen Missstände, die uns in diese Sackgasse geführt haben, freigelegt werden müssen. Konkret: Es geht um die tieferen Ursachen der stetig zunehmenden sozialen Polarisierung zwischen einer besitzenden, extrem wohlhabenden Minderheit und einer Milliarden Menschen zählenden Mehrheit, die von Arbeitsmangel, Unterernährung, menschenunwürdigen Wohnverhältnissen und strukturellen Ungerechtigkeiten verschiedenster Art (in der Erziehung, Sozialfürsorge und Justiz, am Arbeitsplatz, bei der Besteuerung und einseitigen Belastung durch Sanierungsprogramme) geplagt werden. (96-97)

### 23

Die wichtigsten **öffentlichen Dienste** dürfen nicht unbesehen den Gesetzen der Profitmaximierung unterstellt werden, sondern sie müssen vom Staat in erster Linie auf das Gemeinwohl und die Bedürfnisse der am wenigsten begüterten Volksschichten ausgerichtet werden. Es muss sichergestellt werden, dass alle Mitglieder der Gesellschaft bezahlbaren Zugang zur Grundversorgung hinsichtlich Energielieferung, Trink- und Abwasser, Verkehr, Telekommunikation, Erziehung, Gesundheits- und Altersfürsorge haben und öffentliche Sicherheit sowie Lebensmittelkontrollen gewährleistet werden. Ausserdem hat der Staat die verfassungsmässigen und legalen Voraussetzungen für ein ordentliches Funktionieren von Wirtschaft und Finanzen zu schaffen, dieses ständig zu überwachen und Verstösse ohne Rücksicht auf private Interessen zu ahnden. Das sind die zentralen und unverzichtbaren Aufgaben der öffentlichen Hand, die ihrerseits auf Effizienz, Dienstfertigkeit und Ehrlichkeit getrimmt werden muss.

Der Staat bleibt im Besitz aller strategischen Güter (Boden, nicht erneuerbare Ressourcen, wichtige Teile der Infrastruktur), kann ihre Nutzung aber unter bestimmten Bedingungen an private oder kooperative Instanzen delegieren oder konzessionieren. (128-129)

### 24

Nur der Staat kann für einen **Ausgleich zwischen reicheren und ärmeren Regionen** sorgen. Einige mitteleuropäische Länder haben solche Ausgleichssysteme schon vor mehreren Jahrzehnten geschaffen, die zum Teil nicht nur für eine etwas gerechtere Verteilung des Reichtums zwischen Regionen, sondern auch zwischen Gemeinden innerhalb jener ermöglichen. Eine andere Form der Suche nach Gleichgewicht existiert in verschiedenen Erdöl und Erdgas produzierenden Nationen, wobei Norwegen mit dem eigenen Beispiel vorausgegangen ist. Dort hat der Staat mit der Einrichtung eines Reservefonds in weiser Voraussicht dafür gesorgt, dass auch künftige Generationen dereinst am Wohlstand, der dank dem momentanen Überfluss an natürlichen Reichtümern zustande gekommen ist, teilhaben können. Auch diese Aufgabe, derartige Fonds, deren Mittel in die Hunderte Milliarden Euro oder Dollar gehen, könnte man unmöglich privaten Instanzen überlassen. Sie steht logischerweise der Allgemeinheit zu. (132-133)

## 25

Dass der öffentliche Sektor in den meisten Ländern der Dritten Welt schwerfällig und für **Korruption** besonders anfällig ist, kann man weder übersehen noch verschweigen. Der Aufbau eines leistungsfähigen öffentlichen Sektors ist in weiten Teilen der Welt eine Aufgabe, die von den fortschrittlich gesinnten politischen Kräften, und ganz besonders in den Entwicklungsländern, zum grössten Teil erst noch geleistet werden muss. Das bedingt **grosse und geduldige erzieherische Anstrengungen** (nicht im Sinne einer Vermittlung von auswendig zu lernenden, enzyklopädischen Kenntnissen, sondern Vermittlung von Grundhaltungen und Wertvorstellungen), beruflicher Ausbildung, Kampf gegen das Übel der Korruption und Bildung einer modern-demokratischen Beamtenethik. Das sind Aufgaben, die man nicht im Schnellverfahren abarbeiten kann. Die künftigen Generationen werden sie während langer Jahrzehnte zu bewältigen haben. (138, 151)

## 26

Die **Steuerpolitik ist ein machtvoll Instrument**, wenn nicht das wichtigste überhaupt, zur Gestaltung der sozialen Verhältnisse. Da sie alle Bürger angeht, ist der Staat verpflichtet, Debatte und Bewusstsein über die gesamte Thematik zu fördern. Hier muss der Hebel angesetzt werden – und zwar durch geduldige, nachdrückliche und langwierige politische Arbeit.

Das 20. Jahrhundert stand ganz im Zeichen des Wachstums. Das 21. Jahrhundert muss den immensen geschaffenen Reichtum gerechter verteilen. Die einzige effektive Methode, die wir kennen, ist eine **Umverteilung durch den Staat** (richtiger ist eigentlich der Begriff **Rückverteilung**) und seine Institutionen. Anders können die zurzeit vorherrschenden, übermässigen und moralisch inakzeptablen Lohnunterschiede wie auch die enorme Konzentration der Vermögen nicht korrigiert werden. Nur so kann der Staat –zusammen mit der Wirtschaft und dem Finanzsektor, die Herz und Lunge des sozialen Systems sind– in den Dienst der Allgemeinheit anstatt irgendwelcher Oligarchien, Verbände und Kartelle gestellt werden.

Laut gewissen Vorschlägen zur Überwindung der gewaltigen Konzentration des Reichtums sollten die Löhne von Managern, Verwaltungsräten und anderen Grossverdienern auf ein bestimmtes Vielfaches des legalen oder de facto bestehenden Mindestlohns begrenzt werden. Solche Vorschriften können auf verschiedene Arten umgangen werden. Demgegenüber erscheint eine umfassende und global vereinbarte, gründliche Reform des Steuerwesens als der einzige richtige Weg, um dem Problem der explosiven sozialen Polarisierung beizukommen. (158-159, 162-163)

## 27

In Wirklichkeit geht es heute steuerpolitisch nur darum, das Geld für die Finanzierung des Gemeinwesens dort zu holen, wo es vorhanden ist. In fast allen Ländern der Erde ist **Geld im Überfluss vorhanden**. Es wird aber von den Reichsten und Mächtigsten gehortet und damit weitgehend blockiert. In Deutschland zum Beispiel belief sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts das private Geldvermögen auf rund fünf Billionen Euro. Rechnet man die Sachvermögen (vor allem Immobilien und Betriebsvermögen) dazu, erreichte das Gesamtvermögen etwa zehn Billionen. Allein das Geldvermögen hatte sich seit 1991 mehr als verdoppelt. Zwar erreichte im statistischen Durchschnitt damit jeder Haushalt ein Vermögen von etwa 200 000 Euro. Aber die reale Verteilung war auch in diesem wirtschaftlich blühenden Land extrem ungleich. Zwei Drittel der deutschen Bevölkerung verfügten über wenig oder gar kein Vermögen. Denn während der Reichtum an der Spitze der sozialen Pyramide explodierte, sind die Reallöhne im selben Zeitraum gesunken. (170-171)

## 28

Parallel zu den Steuersenkungen zugunsten des Kapitals sind im Zuge der Liberalisierung der Finanzmärkte in fast allen Ländern die Kapitalverkehrskontrollen weitgehend eliminiert worden. Dementsprechend haben die Möglichkeiten zugenommen, Finanztransfers vorzunehmen, die der Steuerhinterziehung dienen. Dabei kommt der **Manipulation von betriebsinternen Preisen durch**



**multinationale Unternehmen** und die Nutzung der Vorteile von Offshore-Bankzentren und Steueroasen besondere Bedeutung zu. Infolge solcher Machenschaften stehen die meisten Nationalstaaten heute vor einer Schrumpfung der Steuerbasis, weil die Einnahmen aus Unternehmens- und Vermögenssteuern wegbrechen und damit enormer volkswirtschaftlicher Schaden angerichtet wird. (177-178)

## 29

Gegenstück zur neoliberalen <Revolution> sind die **steuer- und sozialpolitischen Verhältnisse in den skandinavischen Staaten** (Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden). Das allen vier Nationen gemeinsame Ideal besteht darin, einen Mittelweg zwischen Wirtschaftsliberalismus und sozialistischer Utopie zu finden. Sie zeichnen sich durch eine wesentlich gerechtere Verteilung des erwirtschafteten Reichtums aus. Alle wichtigen Bedürfnisse der Bevölkerung werden durch staatliche und gemeinschaftliche Dienste abgedeckt: die Renten, Krippen und Altersheime, Pflege, Gesundheit, Erziehung, Forschung und gewisse grundlegende kulturelle Bedürfnisse. Dementsprechend ist auch das Gewaltpotential in den skandinavischen Gesellschaften wesentlich geringer.

Trotz (oder eben gerade dank) umfassender wohlfahrtsstaatlicher Vorsorge und im internationalen Vergleich hoher Steuer- und Abgabenbelastung können sich diese Länder hinsichtlich Produktivität, Wettbewerbsfähigkeit, Einkommensniveau und Lebensstandard behaupten. Zwischen ihren Gewerkschaften und Unternehmerverbänden herrscht ein entspanntes und konstruktives Klima. Die destruktiven Kräfte des Neoliberalismus konnten hier über weite Strecken in Schach gehalten werden. (178-186)

## D Solidarische Steuerpolitik

### 30

Ein erster Grundsatz solidarischer Steuerpolitik besteht in einer **radikalen Vereinfachung des Steuersystems**. Von grundlegender Wichtigkeit ist dabei die Streichung fast aller Möglichkeiten, insbesondere für Grossverdiener und Vermögende, die Steuerrechnung durch eine Unzahl von Abzügen zu verringern. Damit soll das Übel der ungebührlichen Ausnutzung von Schlupflöchern im Steuersystem für alle aus der Welt geschafft werden.

Die Erfahrung in industrialisierten Ländern lehrt, dass die Eintreibung direkter Steuern (auf Einkommen, Gewinne, Vermögen, Erbschaften) am besten auf den Zentralstaat, die Regionen und die Gemeinden verteilt wird, wenn man eine übermässige Zentralisierung der Macht vermeiden will. Eine solche Aufteilung der Kompetenzen steht nicht im Widerspruch zum Postulat der Vereinfachung. (187-190)

### 31

Die **Ahndung von Steuerdelikten** muss zwischen leichten Vergehen, die der Vergesslichkeit zugeschrieben werden können, und schweren Delikten unterscheiden. Die Grenze zwischen beiden kann zum Beispiel als Proportion der hinterzogenen Summe zum fälligen Steuerbetrag oder zum gesamten Vermögen des Sünders festgelegt und besonders schwere Fälle sollten mit Haftstrafen sanktioniert werden. (190)

### 32

Der entscheidende Schritt zur Herstellung gerechter Reichtumsverhältnisse soll nicht durch Begrenzung der Löhne, sondern durch eine Einkommenssteuer erfolgen, die den untersten Bevölkerungsschichten Steuerleistungen erspart, den unteren und mittleren Mittelstand schont und die privilegierten Klassen dementsprechend stärker belastet. Das kann nur mit Hilfe einer **scharfen Progression** erreicht werden.

Unser Steuermodell, das universalen Anspruch erhebt, setzt die Höchstbesteuerungsquote bei einem Einkommen an, das dem 30- bis 40fachen des Mindestlohns entspricht. Diesen Punkt der progressiven Maximalbesteuerung schon beim 20fachen zu erreichen, ist eine Möglichkeit, die in diversen Ländern wirtschaftlich und moralisch vertretbar ist. Die Menge jener Leute, die mehr als ein solches Vielfaches verdienen, ist erstens klein und zweitens arbeiten die allerwenigsten von ihnen überhaupt noch. Fast alle erzielen ihr Mehreinkommen (jenseits des genannten Limits) nicht mittels produktiver Anstrengungen, sondern mittels spekulativer Anlagen oder Ausbeutung der ihnen unterstellten Arbeitskräfte. (191)

### 33

Weltweit fließen jedes Jahr Dutzende, wenn nicht gar Hunderte **Milliarden Dollar in Stiftungen**, deren Sinn und Zweck jedem halbwegs denkfähigen Menschen klar sein dürfte: Es geht in den meisten Fällen –wenn auch nicht in allen– darum, dem Fiskus Geld vorzuenthalten. Geldmittel, die oft nicht mit lauterer Mitteln und Methoden erwirtschaftet worden sind, werden so der Gemeinschaft entzogen und (in meist kleinen Portionen) nach willkürlichen, privaten Kriterien zur Finanzierung bestimmter sozialer, kultureller oder wissenschaftlicher Projekte verwendet.

Wer sich von der philanthropischen Tätigkeit steinreicher Individuen einen Ausweg aus der gegenwärtigen Krise verspricht, liegt mit Sicherheit falsch. Denn es kann nicht sein, dass Millionäre und Milliardäre eigenhändig entscheiden, was sie mit ihrem Vermögen anstellen, welche Interessen und Bedürfnisse der Gesellschaft sie mit Stiftungen und Schenkungen befriedigen wollen, während die öffentlichen Etats mangels Steuereinnahmen zusehends ausbluten. Solche Praktiken müssen durch eine rigorose Überprüfung eingeschränkt werden, denn sie stellen in unzähligen Fällen nichts anderes dar als mehr oder weniger geschickt kaschierte Formen der **Steuerhinterziehung**.

Aus demselben Grund muss jede Art von Pauschalbesteuerung reicher Individuen, wie sie in einigen Ländern möglich ist, abgeschafft werden. Ebenso verwerflich ist die mancherorts übliche Praxis, besonders niedrige Sätze bei der Kapitalsteuer und eine vollständige Befreiung von der Gewinnsteuer für Holding- und Domizilgesellschaften zu gewähren (wobei es sich bei letzteren um Firmen handelt, die an dem betreffenden Ort nur einen Briefkasten haben). Auf diese Weise werden die Allgemeininteressen aller anderen dadurch benachteiligten Nationen um Milliardenbeträge geprellt. (194-196, 122-123)

### 34

Ein fiskalisch ergiebiges und steigerungsfähiges, gerechtes und ökonomisch rationales Steuersystem sollte **nur die folgenden fünf Steuern** enthalten: erstens eine allgemeine Einkommenssteuer, zweitens eine Unternehmenssteuer, drittens eine Vermögenssteuer, viertens eine Verbrauchersteuer und fünftens eine Erbschafts- und Schenkungssteuer. Sie können durch einige Abgaben ergänzt werden, die den Sinn ökologischer Kostendeckung haben (wie eine Mineralöl- und eine Kraftfahrzeugsteuer) sowie allenfalls gewisse Gewerbeabgaben. Tabak und Alkohol sollten ebenfalls separat besteuert werden.

Zusätzlich soll dieses vereinfachte Steuersystem durch eine globale Steuer auf **Finanztransaktionen** ergänzt werden, die unproduktive, also spekulative Geschäfte wesentlich stärker belastet als produktive, wie sie im Zusammenhang mit dem Aussenhandel anfallen. Eine internationale, <globalisierte> Steuerorganisation soll mit Hilfe eines weltweit vereinbarten, obligatorischen automatischen Informationsaustausches mit den Steuerbehörden aller Länder sämtliche relevanten Steuerdaten sammeln und jenen zur Verfügung stellen.

Ein derart vereinfachtes und transparentes Steuerwesen wird das Übel der Hinterziehung ebenso erschweren (und mit der Zeit immer mehr verunmöglichen) wie das vor allem in der Dritten Welt wuchernde Problem der Bestechlichkeit von Steuerbeamten. Diese Missstände werden nur solange weiterbestehen, bis drastische und öffentlich bekannt gegebene Sanktionen der ganzen Bevölkerung zeigen, dass es der Staat mit der Strafverfolgung in diesem Fall (wie in jedem anderen Fall von Korruption) unmissverständlich ernst meint. (199-200)

## 35

Im Zuge der Bemühungen um eine Vereinfachung des Systems müssen **Abzüge** für Werbe- und Reisespesen jeglicher Art sowie so genannte Repräsentationskosten und Geschäftsessen – gar nicht zu reden von Yachten und Jets – verboten werden. Solche Ausgaben sind von den betreffenden Unternehmen zu bezahlen, bei unabhängig Erwerbenden von diesen selbst. Die Abzugsmöglichkeit im Falle von Schulden sollte man nur zulassen, wenn dadurch nicht Leichtsinn und Verschwendungssucht prämiert werden. (202)

## 36

In einer ersten, womöglich langen Phase der Solidarity-Politik sollte ein **gesetzlicher Mindestlohn** für volle Arbeitszeit definiert werden. Dabei erhebt sich die Frage, ob er landesweit einheitlich oder mit regionalen Unterschieden oder aber für bestimmte Wirtschaftszweige getrennt –mit Verträgen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sowie Vertretern des Staats– festzulegen sei. In einer späteren Phase könnte der Mindestlohn durch die Gewährung eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle abgelöst werden, sollte jedoch als Messlatte oder Vergleichsgrösse (gerade im Hinblick auf das Steuerwesen) immer erhalten bleiben. Das universelle Grundeinkommen wäre in der solidarisch organisierten und besteuerten Gesellschaft problemlos finanzierbar. (203-207)

## 37

**Direkte Steuern** sind grundsätzlich indirekten vorzuziehen, weil letztere die unteren Volksschichten unvergleichlich viel stärker belasten. Nur mittels stark progressiver Einkommens-, Unternehmensgewinn-, Vermögens- und/oder Erbschaftssteuern kann der immense monetäre Reichtum, der praktisch überall auf der Erde im Übermass vorhanden ist, in angemessener Form abgeschöpft und wirtschaftlich wie sozial sinnvoll kanalisiert werden. (207)

## 38

Vor allem in ressourcenreichen Ländern der Dritten Welt kann die Erhebung von **Exportsteuern** aus fiskalischen oder ethischen Gründen unerlässlich sein. Das trifft insbesondere auf landwirtschaftliche Erzeugnisse zu. Am natürlichen Reichtum dürfen sich nicht nur die lokalen Produzenten bereichern. Doch derartige Steuern können von der jeweiligen Regierung nicht nach Belieben im Sinne einer Feuerwehraction erhoben werden, sondern sie müssen einer tief in der Steuerstrategie verankerten Norm entspringen, also legitimen Charakter haben. Im Falle von Erzen, Mineralöl und Erdgas werden entsprechende Steuern in vielen Ländern schon lange erhoben, während andere sie praktisch der Plünderung durch ausländische Unternehmergruppen preisgeben. (208)

## 39

Eine weitere prinzipielle Überlegung betrifft die **Finanzierung der meisten Sozialleistungen durch Steuern**, wie das in Skandinavien der Fall ist. Zu den Sozialabgaben sind die Alters-, Arbeitslosen-, Kranken- und die in einigen Staaten separat geführte Invaliden- und die Hinterlassenenversicherung zu zählen. Der Abschluss zusätzlicher privater Versicherungen sollte bei allen Segmenten auf freiwilliger Basis weiterhin erlaubt sein. Das Argument, dass eine verstaatlichte Sozialpolitik die Effizienz in der Wirtschaft unweigerlich beeinträchtigt, wird durch die Erfahrungen in den nordischen Ländern eindeutig widerlegt. (208-210)

## 40

Ebenso wichtig wie eine stark progressive Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen ist die **Ansetzung der Freibeträge** (jener Limits also, von wo an Wenigverdienende Steuern zahlen müssen).

Sie werden fast überall sehr tief angesetzt, was einer bewusst unsozialen Politik gleichkommt. Minimalverdiener wie die so genannten *working poor* –Leute, die wegen Unterbezahlung ihrer Arbeitskraft nur mit grösster Mühe überleben können– werden vom Gesetzgeber geschöpft, während sich die oberen Zehntausend über die weltweit sinkenden Spitzensteuersätze und zahllosen Möglichkeiten von Steuerabzügen schadlos halten können. Von der Einkommenssteuerpflicht sollte befreit werden, wer weniger als etwa das Doppelte des Mindestlohns verdient. (211, 213)

## 41

Der **Spitzensteuersatz von 80%** soll in vier bis zehn Schritten erreicht werden und beim 30- bis 40fachen des Mindestlohns zu greifen beginnen. Dieses Einkommenssteuermodell entspricht weitgehend der Praxis, die in Schweden und Dänemark während mehrerer Jahrzehnte zur Anwendung gekommen ist und sowohl in wirtschaftlicher wie auch in sozialer Hinsicht hervorragende Resultate erbracht hat. Sie musste in beiden Ländern aufgrund des wachsenden Drucks der Neoliberalen in jüngerer Zeit gemildert werden, wenn ihre Wettbewerbsfähigkeit nicht ernsthaft beeinträchtigt und vor allem die Steuerflucht unter den vorherrschenden Bedingungen nicht zusätzlich angeheizt werden sollte.

Der entscheidende Unterschied zwischen dem hier postulierten Modell und der steuerlichen Progression, wie sie in den meisten Industriestaaten zur Anwendung gelangt, besteht darin, dass diese nicht gleich weit geführt wird. In Deutschland bricht sie beispielsweise bei einem Einkommen ab, das ungefähr dem 20fachen des Mindestlohns entspricht, und erreicht dort einen Maximalsatz von 45%. De facto bleibt dabei das Prinzip der Steuerprogression auf Einkommen beschränkt, die durch Arbeit erzielt werden, während sie für höhere Einkommen, die zu grössten Teilen aus Kapitalgewinnen, Bonuszahlungen etc. stammen, nicht mehr ins Gewicht fällt, sondern auf dem genannten Höchstsatz stehen bleibt.

In unserem Modell nimmt die Progression hingegen zu, bis das 30- bis 40fache des Mindestlohns erreicht ist. Damit verfügt der Fiskus über ein wirksames Instrument, um eine groteske, grenzenlose und deshalb explosive Verschärfung der sozialen Ungleichheit zu verhindern. Dadurch wird die Steuerbasis massiv vergrössert anstatt vermindert, eine völlige Konfiskation, wie sie eine Begrenzung der Löhne nach oben darstellen würde, hingegen vermieden. (214-215)

## 42

Die **Progressionslinie**, die im Prinzip gerade verlaufen sollte, kann aber nach unten gedrückt werden und damit einen konkaven Verlauf nehmen. Das empfiehlt sich, wenn die zuständige Steuerbehörde reichliche Einnahmen voraussieht oder wenn sich in der Wirtschaft konjunkturelle Schwierigkeiten ankündigen (oder bereits eingetroffen sind). Dadurch wird der Mittelstand steuerlich entlastet, was zu einer Reaktivierung führen sollte. Im umgekehrten Fall, einer Überhitzung der Ökonomie, kann die Linie der Steuerprogression von unten nach oben gedrückt werden und eine konvexe, nach unten geöffnete Form annehmen. Eine solche Veränderung wird das Bestreben der Regierung und/oder der Notenbank nach einer Abkühlung der Wirtschaft durch etwas stärkere Besteuerung (von Teilen) des Mittelstands zum Ausdruck bringen.

Wichtig ist in beiden Fällen, dass die <Eckpunkte> der Progressionslinie oder –kurve fixiert bleiben. Die untersten Erwerbsklassen müssen von der Einkommenssteuer befreit sein. Bei einem Einkommen, das dem 30- bis 40fachen des Mindestlohns entspricht, muss andererseits der Spitzensteuersatz von 80% erreicht sein und für noch höhere Einkommen gehalten werden. Dieses Modell garantiert eine hinreichend flexible Steuerpolitik und erlaubt innerhalb gewisser Grenzen auch einen Steuerwettbewerb zwischen Staaten sowie innerhalb derselben, der unter diesen Voraussetzungen durchaus als gesund bezeichnet werden kann. (217-219)

## 43

Ein weiterer unerlässlicher Grundsatz betrifft die **steuerliche Gleichbehandlung von Lohneinkommen und Kapitalgewinnen**, soweit diese realisiert wurden. Spekulativ erzielte Gewinne

privilegiert zu behandeln, lässt sich unter ethischen Gesichtspunkten in keiner Weise rechtfertigen. Verborgene Absicht solcher Bevorzugung kann nur die Konsolidierung des kapitalistischen Systems in seinem ungerechtesten Aspekt, nämlich der Interessenkultivierung der Reichen und Reichsten sein. Ein ebenso wichtiger Punkt ist die Abschaffung allfälliger legaler Verfügungen, die Boni und andere Lohnergänzungen teilweise oder ganz von der Besteuerung ausnehmen. (216-217)

## 44

Neben einer stark progressiven, auf sozialen Ausgleich bedachten Einkommenssteuer verfügt die Gesellschaft über weitere Instrumente, um der ungeheuerlichen Konzentration des Reichtums Einhalt zu gebieten. Das Prinzip der Progression muss in modifizierter Form auch auf die **Vermögens- und/oder Erbschaftssteuer** angewendet werden. Die Vermögenssteuer könnte unter der Bedingung <geopfert> werden, dass an ihrer Stelle die Erbschaftssteuer umso konsequenter eingetrieben wird. Eine Steuer auf hohe Erbschaften ist ein ideales Instrument zur Eindämmung und zum Abbau der Feudalisierung in Wirtschaft und Gesellschaft. Sie erfüllt auch alle drei Kriterien, die eine gute Steuer auszeichnen: Einfachheit, Effizienz und Fairness. Für Vermögensteile, die in familiären, kleinen oder mittleren Unternehmen eingebunden sind, können spezielle Regelungen gelten, wenn es darum geht, die fraglichen Betriebe am Leben zu erhalten. (222-223)

## 45

Die Unternehmensbesteuerung sollte nicht nur darauf abzielen, zusätzliche Geldmittel in angemessener Höhe einzusammeln, sondern auch den **Gigantismus** – eine Gefahr, die jeder privatwirtschaftlichen Ordnung innewohnt und damit zu einer grundsätzlichen Bedrohung des demokratischen Systems wird – zu verhindern. Im Prinzip scheint daher auch bei den Unternehmenssteuern die Einführung eines progressiven Steuersatzes je nach Grösse der Firma (zum Beispiel zwischen 20 und 50%) gerechtfertigt zu sein.

Absicht des neuen Steuersystems muss sein, die Unternehmen, die in der solidarisch orientierten Gesellschaft Eigentum sowohl der Arbeitenden und –im Fall von besonders kapitalintensiven Firmen– der Allgemeinheit als auch der Kapitalgeber sind (mehr dazu in Punkt 50), steuerlich möglichst weitgehend zu entlasten, und dabei die kleineren deutlich mehr als die grösseren. Damit wird eine Steigerung der produktiven Kräfte der Wirtschaft unter solidarischen Prämissen angestrebt, die sich von den althergebrachten kapitalistischen Kriterien der Gewinnmaximierung in allen ihren Formen und Varianten klar unterscheiden.

Global tätige Unternehmen sollen dort besteuert werden, wo die Produktion –oder ein Teil davon– stattgefunden hat. Zu diesem Zweck ist zu ermitteln, welcher Teil der Wertschöpfung in einem bestimmten Land angefallen ist. Bei diesen Berechnungen können auch andere Parameter zu berücksichtigen werden, wie z.B. die Zahl der Beschäftigten oder das im betreffenden Land investierte Kapital. Damit sollte sich die Verschiebung von Einkommen zwischen den Konzernteilen mit dem Ziel einer <Steuroptimierung> nicht mehr lohnen. (225-227, 177-178)

## E Die Steueroasen

### 46

Die wachsenden **Engpässe in den Haushaltrechnungen** einer immer grösseren Zahl von Ländern und Städten in aller Welt deuten klar darauf hin, dass mehr und mehr öffentliche und gemeinnützige Instanzen unterfinanziert sind. Dazu tragen weniger Faktoren wie die von konservativer Seite stets vorgeschobene, angebliche Verschwendungssucht der öffentlichen Hand oder ihre Anfälligkeit für Korruption bei, als vielmehr die Steuerhinterziehung, Steuervermeidung und Steuerflucht reicher Individuen und mächtiger Unternehmen, die alle Lücken der bestehenden Gesetzgebung ausnutzen und sich dabei der Existenz einer langen Reihe von Steueroasen zu bedienen wissen. Allein mit einer radikalen Lichtung des Dschungels von unübersichtlichen, illegitimen (aber vom bürgerlichen

Gesetzgeber bewusst zugelassenen) Abzugsmöglichkeiten für Wohlhabende werden die Fiskaleinnahmen in den meisten Ländern um mehrere Prozentpunkte steigen. (228-229)

## 47

Zwischen der schweren Finanzkrise, die 2007 ausgebrochen ist und seither nicht behoben werden kann, und den so genannten **Steueroasen oder Steuerparadiesen** besteht ein enger Zusammenhang. Diese Enklaven ungeheurer Reichtumsballung, insgesamt etwa 70, die rund um den Erdball verstreut sind, lassen sich mit elementaren Vorstellungen von Gerechtigkeit niemals in Einklang bringen. Solange sie existieren, wird man umsonst danach trachten, Wirtschaft und Gesellschaft auf die Grundfesten der Solidarität und Rationalität zu stellen.

Als namhafteste Steueroasen sind bis anhin die Schweiz, die City of London, der US-amerikanische Bundesstaat Delaware und die Cayman Inseln in der Karibik zu nennen. Letztlich hat aber kein entwickelter kapitalistischer Staat dem andern in Sachen Steueroasen etwas vorzuwerfen. Sie stecken allesamt unter einer und derselben Decke. Jene Länder, die zu Beginn des 21. Jahrhunderts kein eigenes <Paradies> hatten, sowie alle multinational operierenden Konzerne und Banken konnten jederzeit und problemlos von den anderen Enklaven profitieren und ihre Geschäfte mit der Steuerhinterziehung und anderen Delikten praktisch ungestört abwickeln.

Für die Anhänger der solidarischen Wirtschaftsordnung kann es nur einen Ausweg aus dem Morast geben, in den die Weltgemeinschaft unter neoliberaler Herrschaft getrieben wurde: Der globalen Heuchelei um die Heilige Kuh der <freien Kapitalflüsse> muss möglichst rasch Einhalt geboten und der Existenz von solchen Oasen und Paradiesen ein Ende gesetzt werden. Anders wird man das Übel der internen Preismanipulationen von Konzernen, die dem einzigen Ziel des Steuerbetrugs dienen, wie auch die notorische Hinterziehung von Banken und steinreichen Individuen nie ausrotten können. Ebenso müssen jene Stiftungen, die nachweislich nur darauf angelegt sind, Steuerzahlungen zu vermeiden, in normal steuerpflichtige Wirtschaftseinheiten umgewandelt werden. (230-234)

## 48

Die meisten Staaten verlieren infolge des zügellosen Strebens von Konzernen, Grossbanken und den reichsten Individuen nach einer stetigen Maximierung der Gewinne –indem sie diese in Steueroasen verschieben– Unmengen an Steuergeldern. Insbesondere den Ländern der Dritten Welt entstehen durch diese illegitimen Praktiken immense Schäden. Der internationale Kampf gegen Steueroasen und Steuerflucht ist eine unabdingbare Voraussetzung dafür, dass die unterentwickelten Länder selber mehr in ihre Entwicklung investieren können. Zu diesem Zweck braucht es einerseits den **Informationsaustausch zwischen Steuerverwaltungen** und andererseits die Einführung einer global wirksamen Finanztransaktionssteuer. Die Kontrolle und Regulierung der Finanzmärkte erfordert die Existenz einer Weltsteuerbehörde, einer weltweit aktionsfähigen Clearing-Union anstelle der bisherigen, privaten Clearingbanken und einer multilateralen Institution, die das Verhalten der multinationalen Konzerne regelt und überwacht.

Beim heutigen Stand der Informatik kann eine globale Behörde allen schmutzigen Tricks des Kapitals auf die Spur kommen. Um ihre Arbeit zu erleichtern, muss eine globale Bewegung <von unten> entstehen, die Bewusstsein über die Zusammenhänge zwischen wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung, Unterentwicklung und Fehlentwicklung schafft, Transparenz in den Geschäftspraktiken erzwingt und massiven politischen Druck zugunsten eines radikalen Reformismus erzeugt. (237-239, 241)

## 49

Eine lange Reihe von **internationalen Abkommen** ist in den vergangenen Jahrzehnten zustande gekommen, von denen viele operativ sind und konkrete Verbesserungen für die Weltgemeinschaft ermöglicht haben, während andere bis jetzt eher rhetorischen Charakter haben. Immer häufiger und von verschiedenster Seite sind auch Initiativen in die Diskussionsrunde eingebracht worden, die auf

globale Besteuerung, automatischen Informationsaustausch zwischen Steuerbehörden und die Gründung einer weltweit zuständigen Steuerbehörde hinauslaufen. Was solchen Bemühungen noch fehlt, ist der Ruf nach einer radikalen Vereinfachung der Steuersysteme, nach der Anwendung der Prinzipien starker steuerlicher Progression sowie gleicher Besteuerung von Lohn- und Kapitalgewinnen. Solche Forderungen entsprechen einer objektiven Notwendigkeit, wenn man soziale Verbesserungen für alle Erdenbürger und eine durch Solidarität und mehr Friedfertigkeit geprägte Gesellschaft anstrebt. (245)

## F Neutralisierung des Kapitals

### 50

Der solidarische Staat ist als eine einflussreiche, in ihrer Sorge um das Gemeinwohl als oberstem Gebot verpflichtete Institution zu verstehen. Gleichzeitig gewährt er genügend Freiraum für die **Entfaltung schöpferischer Kräfte** des Individuums, der familiär wie auch der genossenschaftlich organisierten Unternehmen und der kleinen Aktiengesellschaften. Diese gesellschaftliche Ordnung kann auch für mittelgrosse Firmen gelten, sofern diese allen an ihnen beteiligten Mitarbeitern und Stakeholders (betroffene Mitbürger und Institutionen) weitgehende Rechte auf betriebliche Mitbestimmung gewähren, wie sie in Punkt 56 bis 58 erläutert werden. Immer wenn aber infolge paritätischer Vertretung Pattsituationen entstehen und wenn Entscheide von grundlegender Bedeutung gefällt werden, soll ein demokratisch legitimierter Vertreter des Staates – als Repräsentant der nach den Prinzipien der Solidarität handelnden, also nicht in erster Linie privaten Interessen verpflichteten Allgemeinheit – das Zünglein an der Waage sein. (142)

### 51

Wirkliche, dauerhafte und glaubwürdige Macht kann nur auf ständiger Rückfrage nach dem mehrheitlichen Volkswillen beruhen. Das verlangt eine Fülle von Mitsprachemechanismen, also **permanenter plebiszitärer Mitbestimmung**, wie sie in Ansätzen zum Beispiel in der Schweiz existieren. Der Aufbau und die systematische Förderung von Kooperativen sind wichtige Schritte zur Veränderung der Machtbalance. Korrekt verstanden, enthalten sie eine Fülle von Anreizen für betriebliche Effizienz und die realistische Möglichkeit, sowohl eine schädliche Zentralisierungstendenz im Staatswesen als auch Schlendrian in der Genossenschaft selbst zu vermeiden. Zahlreiche Beispiele belegen, dass alternative Formen von Führung, Eigentum und Verwaltung auch im Finanzsektor möglich und erfolgversprechend sind. Eine wirksame Kontrolle des Kreditwesens ist ebenso entscheidend für eine demokratische Wirtschaftsordnung wie die Selbstverwaltung der produktiven Betriebe.

Ein solidarisches Gesellschafts- und Wirtschaftssystem auf gewaltsamem Weg errichten zu wollen, wäre a priori sinnlos und würde nur der konservativen Reaktion als Vorwand zu brutalem Eingreifen dienen. Ein Ziel, das so hoch gesteckt ist, kann nur mit viel Geduld, **Überzeugungsarbeit von Mensch zu Mensch** und absoluter Treue zum Kerngedanken der Demokratie in ihrem authentischsten Sinne erreicht werden. (144, 147-149)

### 52

Im Verlauf der letzten 200 bis 300 Jahre haben wir Erfahrungen mit den beiden bisher grundlegenden Systemen – Markt- und Planwirtschaft, Kapitalismus und Kommunismus – gesammelt. Je reiner und folglich radikaler sie sich organisieren konnten (im Faschismus und jüngst im Neoliberalismus einerseits, im Stalinismus andererseits), umso unhaltbarer wurden die Missstände für die Mehrheit der Bevölkerung und desto grösser fiel zum Schluss das Debakel aus.

Weder ein dogmatischer Kommunismus noch ein zügelloser Kapitalismus bringt Lösungen für die Probleme unserer Gesellschaft. Dem Marktfundamentalismus, wie er in den letzten Jahrzehnten praktiziert wurde, muss jedoch nicht ein anderer Fundamentalismus (auch kein religiöser)

entgegengestellt werden, sondern die Fülle und Vielfalt der alternativen Ideale, die auf dem Prinzip der Solidarität beruhen. Dabei müssen **sowohl die gemeinschaftlichen als auch die privaten Interessen als legitime Anliegen** berücksichtigt werden. Und das darf nicht nur für das Eigentum von Gebrauchsgütern bis hin zur eigenen Wohnung gelten. Es muss auch auf die Ökonomie selber, also auf den Besitz von Produktionsmitteln zutreffen.

Die Wirtschaft soll folglich verschiedene Sektoren aufweisen, deren Zusammenwirken mit allen Mitteln erleichtert werden muss. Privates, solidarisches und staatliches Eigentum an den Produktionsmitteln müssen als gleichermaßen legitim gelten und sie können sich, wenn die Gesetze und Regeln weise genug sind, auch als gleichermaßen effizient erweisen. (246-248)

## 53

Im kapitalistischen wie auch im kommunistischen System hat **der arbeitende Mensch** nicht viel zu sagen. Wie das Wachstum des Unternehmens verläuft, wie investiert wird, wie sich die Produktionsstruktur verändert, wie sich der Markt verhält, wie sich die Produktivität des Betriebs entwickelt, wie die Gewinne wachsen und wie sie verwendet werden, wie die hergestellten Güter von den Kunden beurteilt werden – das alles steht für die meisten Mitarbeiter ausserhalb der Verantwortung und damit auch ausserhalb ihres Interesses. Ob es sich um kleine Unternehmen in privatem Besitz, um grosse Aktiengesellschaften oder verstaatlichte Betriebe handelt, überall fühlen sich die Arbeiter und Angestellten lediglich als Lohnempfänger und sonst nichts.

Dieser Tatbestand kann solange nicht überwunden werden, als sich die Eigentumsrechte über den Betrieb in wenigen Händen befinden. Darum müssen alle Lohnabhängigen zu verantwortlichen Miteigentümern der Produktionsmittel und aller übrigen Installationen ihres Unternehmens werden. Zusammen mit den entsprechenden Mitsprache- und Entscheidungsrechten müssen sie alle in den Genuss von Gewinnen kommen und allenfalls auch die Verantwortung für Verluste übernehmen. Solche Strukturreformen, die auf eine effektive und dauerhafte Demokratisierung der Wirtschaft hinauslaufen, werden nach aller Erfahrung das Interesse am eigenen Betrieb und damit auch die Produktivität steigern. (250-251)

## 54

Echte Demokratisierung der Wirtschaft, die nicht auf die altbekannten Übel der Zentralisierung und Bürokratisierung zurückfällt, sondern stark und glaubwürdig, **von der Basis her wachsende Strukturen der Mitbestimmung** aufweist, kann nur stattfinden, wenn die Gewaltentrennung im Staat strikt beachtet, freie Wahlen und Bürgerrechte –auch Pressefreiheit (die allerdings nicht durch Interessen privater Gruppen konditioniert werden darf)– gewährleistet, Ombudsstellen eingesetzt und Selbstverwaltungspraktiken auf allen Ebenen ermöglicht werden. (254)

## 55

Anstatt <Flexibilisierung> der Arbeitsbeziehungen, das heisst Lohndrückerei seitens von Unternehmern, die mit dem Abzug in Niedriglohnländer drohen, oder durch Lohndumping mit Hilfe von Arbeitskräften, die wie Ware aus Billigländern importiert werden, anstatt des Absturzes immer grösserer Kontingente von Lohnabhängigen in zunehmend prekäre soziale Verhältnisse brauchen wir eine **tiefgreifende Demokratisierung der Arbeitswelt**.

Wirtschaftsdemokratie ist primär auf das Gemeinwohl und nicht auf den Profit ausgerichtet. Es geht dabei nicht um die Abschaffung des Privateigentums an allen Produktionsmitteln und auch nicht um die ökonomisch unsinnige Vorstellung von einer Eliminierung des Markts. Ziel ist die Abschaffung einer kapitalistischen Wirtschaft, die restlos alles dem Profitprinzip zur Bereicherung kleiner gesellschaftlicher Schichten unterordnen will. Wirtschaftsdemokratie verbindet Privat- und Gemeineigentum, Markt und Planung, persönliche Initiative und sozialstaatliche sowie ökologische Bindung. Marktbeherrschende Unternehmen sind in allen Branchen unter gesellschaftliche Kontrolle zu stellen und ihre Macht muss begrenzt werden. (264)



## 56

Mit der allmählichen Umwandlung des Geld- und Produktivvermögens in unteilbaren Besitz der gesamten Werkgemeinschaft soll das Kapital des Unternehmens schrittweise <neutralisiert> werden. Seine Verwaltung kann durch Treuhänder erfolgen, die von der gesamten Belegschaft gewählt und kontrolliert werden. Mit dem parallel dazu verlaufenden Ausbau der Rechte auf Mitsprache, Mitbestimmung und Mitverantwortung sollen die Gegensätze zwischen Lohn- und Gewinninteressen abgebaut werden. Blosser Vermögensbildung bei den Arbeitenden genügt nicht, denn einen echten Wandel bringt nur eine konkret erfahrbare Eigentumsbeziehung zu der produktiven Stätte, in welcher der Mensch arbeitet und deren Resultate direkt zu seinem persönlichen Wohlbefinden beitragen.

**Neutralisierung des Kapitals** heisst also zunächst Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Neu geschaffen wird ein Gefäss, bei dem das Eigentum am Kapital nicht mehr an einzelne Personen gebunden und auch nicht mehr zwischen einzelnen Personen aufteilbar ist. Die Mitarbeiter eines Unternehmens haben nicht das Recht, das Kapital unter sich aufzuteilen, sondern nur das Recht, es selber zu verwalten (oder verwalten zu lassen) und es selber gemeinschaftlich zu nutzen. So können individuelle Kapitalakkumulation und damit verbundene demokratiewidrige Machtfülle nicht mehr entstehen. Die Herrschaft einer einzigen Klasse, nämlich jener der Kapitalbesitzer, soll durch die Öffnung des Kapitals zugunsten aller Arbeitenden –oder, in bestimmten Fällen, aller Stakeholder– neutralisiert werden. (252-253)

## 57

Mitbestimmung in allen wichtigen Fragen des Unternehmens allein genügt nicht, solange sie nicht auch eine **Beteiligung am Betriebsvermögen** umfasst, solange sie also nicht bei den Eigentumsverhältnissen ansetzt. Die Leistungsfähigkeit eines Betriebs lässt sich langfristig nur dauerhaft und sinnvoll steigern, wenn die Belegschaft eigene, demokratisch gewählte Vertreter in das Management delegieren kann. Wie erfolgreich dieses Modell sein kann, zeigen die Erfahrungen, die mit Kooperativen und Selbstverwaltungsbetrieben seit vielen Jahrzehnten in aller Welt gemacht werden. Sein grösster Gewinn besteht wohl darin, dass sich im Schoss der alten Gesellschaft eine andere entwickelt, nämlich eine Gesellschaft von Menschen, die sich frei machen von traditionellen Unterschieden und Vorurteilen. (266-268)

## 58

Arbeitereigentum bedeutet, dass die letzte Entscheidungsgewalt bei den Arbeitenden liegt: Sie bestimmen, welches System für sie das Beste ist und werden dieses entwickeln. Je nach Gegebenheiten werden sie sich für Teamarbeit in dieser oder jener Form entscheiden, werden ihre Direktoren für längere oder kürzere Perioden wählen, die Vertretung der Abteilungen regeln, Treuhänder bestimmen oder auch nicht, sie werden festlegen, in welchen Abständen Betriebsversammlungen stattfinden usw. Die **Entscheidungsgewalt** kann demokratisch delegiert werden oder direkt bei der abstimmenden Belegschaft liegen. Schrittweise werden die Beteiligten Vor- und Nachteile der unterschiedlichen Strukturen erkennen, ebenso welche Form der Demokratie für den privaten und den öffentlichen Sektor am besten geeignet ist. Sie werden selber herausfinden, wie die legitimen Interessen von Kunden, Konsumenten und der lokalen Gemeinschaften zu berücksichtigen sind.

Alle innerbetrieblichen Rechte auf Anhörung, Mitsprache, Einspruch, Klage und im Fall verletzter Ansprüche auch auf Entschädigung sind gesetzlich zu regeln. Alle Beteiligten haben zudem Recht auf offene und ungefilterte Information in allen für sie relevanten Belangen sowie das Recht zu sanktionsfreier und kritischer Meinungsäusserung. Derart gestaltete Mitbestimmung im wirtschaftsdemokratischen Sinn muss nicht nur in privaten, sondern – mit einigen logischen Anpassungen und Einschränkungen – auch in öffentlichen Unternehmen zur Anwendung kommen. Nur so kann ein Rückfall in staatskapitalistische Zustände und ein Überhandnehmen von bürokratischen Missständen verhindert werden. (268-269)

## 59

Grosse Unternehmen können in der Masse, wie sie weiterwachsen, in Übereinstimmung mit dem Modell der Gemeinwohlökonomie vergesellschaftet werden. Je mehr Beschäftigte ein Betrieb aufweist, umso grösser soll der Anteil von Stimmrechten werden, die der Belegschaft zustehen. Von einer bestimmten Beschäftigtenzahl an gehen Unternehmen ganz in das Eigentum der Belegschaft und der Allgemeinheit über.

Auch die mittleren Unternehmen sollten zu Gesellschaften mit neutralisiertem Kapital mutieren, **die kleinen und familiären Betriebe hingegen in privatem Besitz** verbleiben. Die Produktions- und Investitionstätigkeit soll im Grossen und Ganzen der Markt bestimmen. Ohne Planung im Rahmen eines marktwirtschaftlichen Systems ist jedoch unternehmerische Tätigkeit heutzutage nicht mehr denkbar. Je grösser ein geschäftliches Vorhaben dimensioniert ist, umso unerlässlicher sind Massnahmen zu einer planerischen makroökonomischen und umweltpolitischen Koordination mit öffentlichen Instanzen. (255, 253)

## 60

Der Kreis von wirtschaftlichen Unternehmungen, die nach den **Prinzipien genossenschaftlicher Betriebsführung** oder der Selbstverwaltung funktionieren, nimmt weltweit stetig zu. In Europa gibt es gegenwärtig rund 240 000 Genossenschaften mit etwa 140 Millionen Mitgliedern. Gerade im wirtschaftlich führenden Deutschland wie auch in Österreich existieren vielfältige Beispiele von solidarischer Ökonomie. Auch in der benachbarten Schweiz, die ansonsten auf den Kapitalismus eingeschworen scheint, gibt es eine grosse Anzahl von Wohngenossenschaften, in Hunderten von Gemeinden auch Wasser- und Stromgenossenschaften; der Einzelhandel wird von Kooperativen dominiert, die das finanzielle, wirtschaftliche, logistische und politische Gewicht von Konzernen haben.

Eine besonders grosse Anzahl von Genossenschaften, in vielen Fällen mit Berührungspunkten zu familiär geführten Betrieben, weist Italien auf. Europas mächtigster Kooperativenkomplex (Mondragón) befindet sich im Baskenland. Als bekanntestes Beispiel von solidarisch geführten Betrieben in Grossbritannien ist Scott Bader zu nennen. In Russland zeichnet sich eine Wiedergeburt traditioneller Bauerngemeinschaften (Obschtschina) ab. Auch in vielen Teilen der Dritten Welt (insbesondere in Mexiko, Kuba und neuerdings Venezuela) sind in den vergangenen Jahrzehnten Tausende von Genossenschaften und selbstverwalteten Betrieben als Alternativen zur kapitalistischen Wirtschaft entstanden. (100, 101)

## 61

Die Privatisierung des **Bodens**, ihn käuflich und handelbar zu machen, war eine der fatalsten Entwicklungen der Geschichte. Dass die Erde, das Wasser, die Luft und das Sonnenlicht kein Privateigentum sein können, hat man schon im Altertum verstanden. Wer Boden nutzen will, soll der Gemeinschaft eine Pachtgebühr bezahlen und während eines genügend langen Zeitraums unter gewissen sozialen und ökologischen Bedingungen darüber verfügen können. Solche Verträge sollen Klauseln enthalten, die eine Widerrufung betreffen, wenn die vereinbarten Bedingungen aus eigenem Verschulden nicht eingehalten werden. (256-257)

## 62

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts wird immer mehr (potentiell) fruchtbares Land in der Dritten Welt von mächtigen privaten Investmentfirmen, aber auch von fremden Staaten erworben oder gepachtet und dabei de facto der dort ansässigen Bevölkerung weggenommen (**land grabbing**). Darum stellt sich die Bodenfrage neuerdings mit höchster Dringlichkeit. In vielen Fällen ist die Besiegelung solcher Abkommen mit präzise gezielter Korruption verbunden. Auf den besten Böden werden häufig Pflanzen zur Herstellung von Tierfuttermitteln wie Soja und so genannten Biotreibstoffen angebaut, während

die lokale Nahrungsmittelproduktion im Argen liegt. Die Arbeits- und Lebensbedingungen des neuen ländlichen Proletariats, das in solchen Projekten eingesetzt wird, sind in der Regel miserabel. Mit diesem Landdiebstahl und der Vertreibung der Opfer, fast immer Kleinbauern, wird existentielle Zerstörung in ungeheurem Ausmass angerichtet – Unrecht, das nur durch die Enteignung der neuen, illegitimen Besitzer und eine radikale Agrarreform repariert werden kann. (258-259)

## 63

Im Zuge der zunehmenden finanziellen, technologischen und politischen Übermacht des transnationalen Kapitals gehen immer mehr natürliche Reichtümer der Erde in private Domänen über. Die Konzerne eignen sich auch Bereiche von Natur und Wissenschaft an, die –wie Trinkwasser, genveränderte Güter und viele andere Erkenntnisse der Forschung– eigentlich Besitz der Allgemeinheit bleiben sollten.

**Bodenschätze gehören in die öffentliche Domäne.** Wenn sie zur Nutzung an private Unternehmen oder Betriebe mit neutralisiertem Kapital vergeben werden, müssen die entsprechenden Pacht- oder Konzessionsverträge strenge steuerliche Auflagen enthalten. Nicht erneuerbare Ressourcen wie Erdöl, Erdgas und Mineralien sollten auf diesem Weg für die Mehrheit der lokalen Bevölkerung, ganz besonders aber für die unteren Schichten, einen substantiellen Nutzen in der Gegenwart und (mittels Anlagen in staatlich verwalteten Fonds) auch in der Zukunft abwerfen. Die Zeit ungehinderter und unbegrenzter Plünderung solcher Reichtümer muss endgültig Geschichte sein. Gerade in der Dritten Welt hat jedes Land ein Recht darauf, seine Güter zu gerechten Preisen zu verkaufen, und jedes hat gegenüber dem eigenen Volk die Pflicht, sich für einen Wertzuwachs in der Produktionskette durch Weiterverarbeitung solcher Güter einzusetzen. (241, 260)

## 64

**Kartellgesetze**, die im kapitalistischen Staat ausgedacht und –nicht selten nur als Alibi– mehr oder weniger lustlos befolgt werden, dienen bestenfalls der Bekämpfung von Symptomen. Die zuständigen Behörden, mögen sie Kartellgericht oder Wettbewerbskommission oder wie auch immer heissen, haben sich in fast allen Ländern als zahnlöse Tiger erwiesen. Die Angst vor der wirtschaftlichen Macht scheint den zuständigen Beamten tief in den Knochen zu sitzen.

Mit dem hier vorgeschlagenen Modell zur Neutralisierung des Kapitals, gekoppelt mit einer stark progressiven Steuerpolitik für vermögende Haushalte und Unternehmen, wird das Problem der Kartellbildung von zwei Seiten her ursächlich, strukturell und radikal angepackt. Damit der Marktmechanismus wirklich funktionieren kann, müssen sich die Preise aus dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage frei bilden können. **Subventionen und andere staatliche Beihilfen** sollten andererseits nur in seltenen und speziellen Fällen (z.B. für Aufbau, Ausbau, Förderung und Unterhalt des öffentlichen Verkehrs) ausgesprochen werden. (272)

## 65

Die Frage der Besitzverhältnisse an den Produktionsmitteln stellt sich mit ganz besonderer Dringlichkeit hinsichtlich der **Massenmedien**. Denn es ist klar, dass die Meinungsbildung eine Schlüsselfunktion bei der Demokratisierung der Wirtschaft spielt. Tag für Tag demonstriert uns die <grosse Presse> in aller Welt mit unzähligen Beispielen, dass die Meinungs- und Informationsfreiheit durch wirtschaftliche und politische Interessen –die fast immer im Dienste des Grosskapitals stehen, das die Medien in zunehmendem Mass beherrscht– konditioniert wird.

In dieser Frage hat der Staat als höchste Ausdrucksform und Garant der solidarischen Gesellschaft ein wichtiges Wort mitzureden. Die Vergabe von Lizenzen und Konzessionen ist ein machtvolles Werkzeug zur Steuerung der Möglichkeiten einer Einflussnahme durch die elektronischen Medien. Sie hat nicht unter Berücksichtigung politischer oder wirtschaftlicher, sondern zur Hauptsache kultureller Interessen und ethischer Normen zu erfolgen. (272-273)

## G Demokratisierung der Banken

### 66

Die Finanz- und Wirtschaftskrise, die 2007 ausgebrochen ist, war in erster Linie eine Folge des Übermutts und der Skrupellosigkeit führender Banker der westlichen Welt. Regierungen und Zentralbanken mussten in vielen Staaten zusammengerechnet Billionen Dollar und Euro an Steuergeldern einsetzen, um Finanzinstitute, die durch unverantwortliche Manöver ihrer Manager ins Wanken geraten waren, vor dem Zusammenbruch zu retten. Auch wenn ein Teil dieser finanziellen Nothilfe später zurückbezahlt oder entsprechende Garantien von der öffentlichen Hand (noch) nicht eingelöst werden mussten, ist der angerichtete Schaden so oder so gewaltig.

Es kann nur eine Schlussfolgerung geben: Wirtschaftliche Demokratisierung ist ohne **Demokratisierung des Finanzwesens** –und das heisst gesellschaftliche Kontrolle der Banken– nicht möglich. Jetzt, da die Welt vor einem Scherbenhaufen steht, suchen die Propagandisten des Systems nach Schuldigen. Sie können und wollen nicht sehen, dass die Wurzel des Übels im wackligen Gebäude neoliberaler Architektur zu suchen ist: in der unbändigen, ewigen Suche nach dem maximalen Profit. Längst wird das Kapital mehrheitlich nicht mehr im produktiven Sektor angelegt, sondern im spekulativen Finanzbereich. Dass die dabei entstehenden Blasen früher oder später allesamt platzen müssen, ist nichts anderes als eine Frage der Logik. (276-277)

### 67

Je grösser eine Bank ist, desto grösser werden die Risiken, die ihre Manager auf sich nehmen müssen – und wollen – und können. So stellt sich denn die Frage: **Was tun mit den Banken**, die immer mächtiger werden? Immer neue Rettungspakete für weitere Krisen im Finanzsektor schnüren? Die deswegen explosiv steigende Staatsverschuldung immer noch weiter auf die Spitze treiben, damit der neoliberale Casinobetrieb weiterfunktionieren kann? Dafür den Arbeitenden, Arbeitslosen, Studierenden und Rentnern die Last höherer Steuern und Kürzungen bei den Sozialausgaben aufbürden? (278)

### 68

Ein erstes Kernproblem, das einer Lösung bedarf, ist die **Grösse und** –damit zusammenhängend– **die Komplexität der Finanzinstitute**. Heute weiss jede Bank, die ein gewisses Gewicht erreicht hat, dass sie im Notfall gerettet würde. Damit kommt sie de facto in den Genuss einer Staatsgarantie, die sie auf Kosten der Allgemeinheit unverwundbar macht. So aber wird die Bedrohung für das ganze finanzielle System nur noch grösser. Namhafte Ökonomen sind der Meinung, dass private Banken zerschlagen werden müssen, sobald sie eine bestimmte Grösse erreicht haben.

Ebenso wichtig ist die ultimative Forderung an alle Banken (auch so genannte Quasibanken und andere Arten von Finanzinstituten), dass sie über eine genügend grosse Eigenkapitaldecke verfügen müssen, um in schwierigen Phasen ohne grössere Probleme bestehen zu können. Nach neuesten Erkenntnissen sollte diese Decke ein Mehrfaches der gegenwärtig geltenden Vorschriften erreichen. (281)

### 69

Privaten Banken sollten nur noch bestimmte Segmente des Finanzwesens offenstehen. Sie müssen scharfer Aufsicht und strengen Auflagen unterliegen und ihre Teilhaber unbeschränkt für die Geschäftstätigkeit haften. Da unternehmerische Entscheide sowie ihre Wirkung in der Regel zeitversetzt auftreten, muss der Verantwortungsbereich von Privatbankern –auch solchen, die inzwischen aus dem Geschäft ausgestiegen sind– über mehrere Jahre in die Zukunft ausgedehnt werden. Solche **Haftung** wirkt prophylaktisch gegen die Verschleuderung von Kapital und zwingt die Verantwortlichen, sorgfältig zu handeln. Unter diesen Bedingungen können Anhänger des

Solidaritätsprinzips damit einverstanden sein, dass ein reduzierter Bereich des Finanzsektors für private Initiative reserviert bleibt. (284)

## 70

Die Zukunft gehört den **genossenschaftlichen, alternativen und seriös verwalteten staatlichen Banken**. Sie sind aufgrund ihrer Statuten am ehesten berufen, die wichtigsten Aufgaben des Finanzwesens in einer solidarisch organisierten Gesellschaft zu erfüllen: die Ersparnisse in liquide Mittel umzuwandeln, um damit produktive Investitionen zu finanzieren und sowohl technologische Neuerungen in vernünftigem, für die Gesellschaft tragbarem Masse zu ermöglichen, als auch den Strukturwandel mit dem Ziel einer umfassenden Demokratisierung der Wirtschaft voranzutreiben. Wenn die Banken diese Mission befolgen, die eigentlich ihre zentrale und sogar einzige sein sollte, wird ein wesentlicher Teil des leidigen Schuldenproblems wie auch der Bildung von spekulativen Blasen quasi automatisch gelöst. (284, 288)

## 71

Eine Modernisierung und Solidarisierung des Bankensektors wäre nicht vollständig, würde das Problem der **Geldschöpfung** ausser Acht gelassen. Im Prinzip fällt diese –wie es die Verfassungen vieler Länder eigentlich vorschreiben– in die ausschliessliche Kompetenz der Zentralbanken (auch Notenbanken genannt). In der Praxis wird diese konstitutionelle Vorschrift aber fast überall missachtet. Indem die Geschäftsbanken seit Jahren und Jahrzehnten nach Belieben und eigenem Ermessen Kredite an ihre Kundschaft vergeben, ohne im gleichen Zug ihre Eigenmittel- oder Mindestreserven zu erhöhen, schöpfen sie Geld. Damit kontrolliert die Zentralbank in Wirklichkeit nur noch einen kleinen Teil der gesamten Geldschöpfung.

Verschiedene akademische und Bürgergruppen drängen zu Recht darauf, diese Misstände durch eine Modernisierung der Geldpolitik zu überwinden. Das soll vor allem mit der Errichtung einer neuen Gewalt erreicht werden, die –in Ergänzung zur Exekutivgewalt (der Regierung), zur Legislativgewalt (dem Parlament) und der Judikativen (der Richterlichen Gewalt)– als <Monetative> (d.h. die Geldschöpfung kontrollierende Gewalt) bezeichnet würde. Einer solchen Institution muss in einem solidarisch orientierten Staatswesen der ihr gebührende Platz und die entsprechende verfassungsmässige Autorität zuerkannt werden. (288)

## H Solidarität statt Profitsucht

### 72

Unsere Kernidee ist die einer radikalen Demokratisierung mithilfe plebiszitärer Mechanismen und der **Gründung von Räten auf allen Ebenen des politischen Lebens**. Volksbefragungen sind heute umso leichter durchführbar, als uns dabei enorme Fortschritte der Informatik zur Verfügung stehen. In den höheren Räten sollen jene Bürgerinnen und Bürger vertreten sein, die aufgrund ihres Lebenswerks, einer tadellosen Laufbahn und ihrer menschlichen Erfahrung nach Ansicht der Mehrheit am ehesten dazu befähigt sind, als Kandidaten bei der Volkswahl anzutreten. Geldmacht darf in dieser neuen Ordnung keine Rolle mehr spielen. Diese demokratischen Strukturen müssen in eine völlig neue Medienkultur eingebettet werden, womit in erster Linie eine radikale Reform der unhaltbaren, bisher zur Hauptsache durch ökonomisches und politisches Machtstreben gekennzeichneten Besitzverhältnisse angestrebt wird. (291-292)

### 73

Alternative zu der seit rund 100 Jahren andauernden Hegemonie der USA kann nur eine solidarische Politik inmitten **einer multipolar gegliederten Welt** sein. In dieser <Neuen Welt> muss in erster

Linie die unter transnational operierenden Konzernen weit verbreitete Praxis der Manipulierung betriebsinterner Preise mit dem Ziel der Steuerhinterziehung ausgerottet werden.

Die Bewerkstelligung von ausgewogenen und damit gerechten Verhältnissen in der globalen Reichtumsverteilung kann mithilfe des Finanzausgleichs, wie er in einigen Ländern Europas intern (zwischen Regionen und teilweise auch zwischen Gemeinden) mit langfristig positiven Resultaten funktioniert, erreicht werden. Dabei darf es nicht bei Geldverschiebungen karitativer Natur bleiben, sondern es müssen strukturelle Probleme in der Weltwirtschaft und im Welthandel identifiziert und unter Einsatz multilateral erwirtschafteter und verwalteter, z.B. durch die globale Finanztransaktionssteuer generierter Mittel an der Wurzel gepackt und eliminiert oder kompensiert werden.

Derartige Ausgleichsfonds sollten von Kommissionen überwacht werden, in denen anerkannte, von der Notwendigkeit radikaler Reformen überzeugte Fachleute Mandate innehaben. Sie wären dafür zuständig, die fehlerhaften und ungerechten Strukturen und Mechanismen im internationalen Austausch und Finanzsystem zu diagnostizieren, die Schäden zu evaluieren und Massnahmen zu deren Behebung zugunsten der Benachteiligten zu ergreifen. Diese Ausschüsse könnten zudem beauftragt werden, sinnlose, allzu teure und sozial unnötige Projekte (<weisse Elefanten>) ausfindig zu machen und ihre Verwirklichung zu verhindern. (132-133, 299)

## 74

Der Globalisierung muss ein neuer Sinn verpasst werden, und der kann nur in einer entscheidenden **Aufwertung der Solidarität** bestehen. In diesem neuen Zyklus der Geschichte werden die Prioritäten umgekehrt: Das Hauptgewicht der Kosten des Desasters, das die Neoliberalen angerichtet haben, muss auf die reichen und reichsten Schichten der Bevölkerung abgewälzt werden und die sozialpolitischen Errungenschaften des 20. Jahrhunderts müssen vor allem den unteren Volksschichten erhalten bleiben. Die Früchte der Entwicklung und der Technologie müssen allen Menschen zugänglich gemacht werden.

Wir teilen die Überzeugung des US-amerikanischen Philosophen John Rawls, dass es im Rahmen des Kapitalismus, wie wir ihn in den vergangenen drei Jahrhunderten erlebt und erlitten haben, keine Gerechtigkeit für die Mehrheit des Volkes und der Völker geben kann. (302)

## 75

Im Norden wie im Süden der Erde sind in den letzten Jahrzehnten zahllose Organisationen entstanden, die das Bewusstsein um die Notwendigkeit, neue Grundlagen für die Gesellschaft der Zukunft zu schaffen, in Theorie und Praxis verstärken. Es sind Hunderte Millionen Menschen, die in solchen **<Graswurzel>-Bewegungen** aktiv sind. Damit soziale und politische Umwälzungen von historischer Tragweite möglich werden, muss den Gewerkschaften und den mit ihnen verbündeten Parteien ein neuer Geist eingepflegt, alter Filz mit bürgerlichen Machtfaktoren zerrissen und die Verbindung zu den Basisbewegungen mit allem Nachdruck gesucht werden.

Erstes Ziel einer solchermassen offensiven Bündnispolitik muss sein, die interne Demokratie der radikal-reformistischen Bewegung zu stärken. Ihr gemeinsames Credo wird einerseits die Ablehnung des Prinzips der Kapitalakkumulation durch Gewinnmaximierung ohne soziale und ökologische Rücksichtnahme und des Wachstums um jeden Preis sowie andererseits der Kampf um das Prinzip der Solidarität mithilfe einer stark progressiven Steuerpolitik sowie einer substantiellen Demokratisierung der Wirtschaft durch Veränderung der Eigentumsverhältnisse sein.

Dem neuen Bündnis kommt die Aufgabe zu, die vielfältigen Interessen der sozialen Bewegungen, die ihm angeschlossen sind, unter einen Hut zu bringen, dabei also sowohl sektorale als auch lokale Anliegen den **gemeinsamen strategischen Zielen** unterzuordnen. Erst wenn klare Mehrheiten das Bewusstsein erlangt haben, dass die Vielfalt unter ihnen in den Dienst der Einheit bei den wichtigsten Postulaten gestellt werden muss, kann die Suche nach der neuen Ordnung Fortschritte und Erfolg erzielen. (306-307)

## 76

Die Geschichte in aller Welt hat uns gelehrt, dass echte Demokratie von der Basis her wächst. Sie kann nicht wie eine milde Gabe von der Obrigkeit gewährt, sondern sie muss immer von neuem gegen den Willen der Herrschenden erobert werden – egal, ob es Grosskapitalisten sind, die im Hintergrund die Fäden ziehen, oder irgendwelche Apparatschiks, wie sie einst an den Schalthebeln sowjetischer Macht sassen.

Wahre Demokratie ist aber auch nur möglich, wenn die Macht auf allen Ebenen geteilt wird, wenn **zu jeder Machtposition eine legitime Gegenmacht** existiert, die jene kontrolliert. Organisiert wird solche Gegenmacht in der Form von Räten aller Art. Wahlen –auch vorzeitige Abwahlen– und Volksabstimmungen müssen im Zeitalter der Informatik zu ständigen Werkzeugen der Mitbestimmung werden. Das Rezept für die Krankheiten und Mängel der Demokratie ist mehr Demokratie, nicht weniger.

Das setzt unermüdlichen politischen Willen voraus. Es wird nicht genügen, hohe Ziele anzukündigen. Der Weg vom ersten Tag bis zur Verwirklichung der Solidarität als Prinzip der Politik muss geduldig abgeschritten werden, ein langer, eigentlich endloser Weg der Bildung von politischem –und das heisst hier: staatsbürgerlichem– Bewusstsein. Das wiederum setzt voraus, dass wir bereit sind, alle unsere Pläne und Projekte ständiger Reflexion zu unterwerfen und Kompromisse anzustreben, anstatt Diktate durchzusetzen. Physischer Ort solcher permanenten staatsbürgerlichen Aktivität wird der Rat, die Arena, das Forum sein, in denen sich alle, von den ältesten Weisen bis zu den jüngsten Hitzköpfen, Gehör verschaffen können. (307-309)

## 77

Die Prioritäten der Wirtschafts- und Finanzpolitik müssen neu definiert werden. Eine end- und besinnungslose Steigerung der Quantität verfügbarer Güter kann es nicht sein, was uns dem Zustand inneren Gleichgewichts und Friedens näherbringt. Die Gesellschaft soll frei werden für die wesentlichen Dinge des Lebens: mit der Natur in Harmonie leben, die materiellen und nicht-materiellen **Grundbedürfnisse der grossen Mehrheit** sollen befriedigt, die Chancengleichheit aller stetig verbessert und die Fähigkeit, Konflikte kreativ und gewaltlos zu lösen, verbessert werden.

Gleichzeitig mit der Umstellung auf eine solidarische Steuerpolitik muss die Demokratisierung der Wirtschaft in Angriff genommen werden. Diese muss wegkommen vom Raubkapitalismus, der Hunderte Millionen Menschen zu Arbeitssklaven erniedrigt. Die neue Ökonomie wird die Produktion von Luxusgütern auf ein für Gesellschaft und Natur tolerierbares Ausmass drosseln. Die neue Investitionspolitik hat sich also auf die wirklichen Bedürfnisse der Mehrheit zu konzentrieren, vor allem auf die Erziehung, Ausbildung und Weiterbildung, auf die Herstellung von menschenwürdigem Wohnraum, umfassende Gesundheitsfürsorge und Suche nach neuen Technologien im Dienst eben dieser mehrheitlichen Nachfrage in allen Bereichen der Wissenschaft. (110-111, 309-310)

## 78

In einem erweiterten Sinn muss sich die Solidarity-Bewegung Ziele setzen, die über die zentralen Anliegen der Steuerpolitik und Demokratisierung der Wirtschaft hinausgehen. Dabei können sich wichtige Berührungspunkte mit den Anhängern der **<Integralen Politik>** ergeben. Integrale Entwicklung beruht auf materieller Genügsamkeit, die den Ausgangspunkt zu einem friedlichen Zusammenleben unter den Menschen und dieser mit der Natur bilden. Sie strebt nach integraler Entfaltung der Person, indem nicht nur Körper und Verstand, sondern auch Gefühle, Geist und Seele gleichwertig gefördert werden. Das Konsumstreben des *homo oeconomicus*, wie er von den gegenwärtig herrschenden Mächten gezüchtet und sich als menschliches Wesen selber entfremdet wird, sieht sie als eine Ersatzbefriedigung, die letzten Endes nie und nirgends funktioniert. Integrale Entwicklung meint ausserdem die Entfaltung aller Menschen, nicht nur gewisser Eliten und privilegierter Nationen oder Regionen. (312-313)

## 79

Für den Prozess radikaler Reformen, der uns bevorsteht, ist **die Frage der Zeit** eminent wichtig. Wir leben in einer Epoche furioser Beschleunigung und des permanenten Zeitmangels. Immer seltener halten wir inne, um uns Gedanken darüber zu machen, wohin diese ganze Hatz eigentlich führt.

Demokratie verlangt viel Geduld. Es braucht Zeit, meistens viel Zeit, bis alle Phasen des Verhandeln und Streitens durchlaufen, bis Entscheidungen ausdiskutiert und spruchreif sind. Gleichzeitig drängt uns der Kapitalismus mit seiner ständigen Weckung neuer, fast immer nur dem Scheine nach echter Bedürfnisse zu raschen Beschlüssen. Vor allem in der <entwickelten> Welt, dem Norden und einigen Inseln des Wohlstands im Süden, muss der Konsum unermüdlich angekurbelt werden – egal wie viele davon, global gesehen, ausgeschlossen bleiben, egal was für gewaltige Schäden dabei in der Umwelt angerichtet werden.

Veränderungen in der gesellschaftlichen Beurteilung von moralischen Prinzipien gehen hingegen langsam vor sich. Das zeigt zum Beispiel die Abschaffung der Sklaverei, die Verwirklichung demokratischer Rechte und die Überwindung sexueller Tabus. Erst recht gilt das bei Übergängen von einem (dem kapitalistischen) zu einem anderen System, ganz sicher auch dann, wenn dieses auf dem Prinzip der Solidarität beruhen soll. Ein solches System kann nur in langer Praxis der Einübung und Selbstverwaltung entstehen.

Was wir brauchen, ist nicht ein revolutionärer Umsturz, sondern ein kontinuierlicher Fluss von Veränderungen in stetiger Richtung. Ihr Ziel muss es sein, die Gesellschaft sozialer und damit humaner zu gestalten, indem sie die wirtschaftliche Grundmotivation der Profitmaximierung durch das Prinzip der Solidarität ersetzt, damit die explosive Ungleichheit allmählich vermindert und im gleichen Zug den demokratischen Gehalt der Gesellschaft substantiell erhöht. Gewaltsame revolutionäre Umwälzungen bringen stets neue Unsicherheit, sie verbreiten Angst und Schrecken und haben in der Geschichte immer wieder zu katastrophalen Rückschlägen geführt. (314-315)

## 80

Wahre Entwicklung erschöpft sich nicht in Wachstumszahlen des Bruttoinlandprodukts und massenhaftem Rohstoff- und Energieverschleiss. Sie fördert nicht nur wissenschaftliche, sondern auch emotionale Intelligenz, sie gewährt dem Individuum das notwendige Mindestmass an Geborgenheit im Schoß einer tragenden, idealistischen Gesellschaft. **Solidarität als Prinzip** schafft die Voraussetzung für Seelenruhe, eine dem Einzelnen wie auch der Gemeinschaft innewohnende Ruhe, die innere Entwicklung ermöglicht und viel wichtiger ist als Prestige und Besitz.

Wenn Ausgleich von Reichtum und Chancen in vernünftigem, moralisch einleuchtendem Ausmass stattfindet, dann können die Voraussetzungen dafür entstehen, dass alle –und nicht nur privilegierte Minderheiten– die Qualität einer solchen Entwicklung und damit auch den Reiz des Augenblicks auskosten können. Das aber setzt Entschleunigung und Verzicht auf letztlich wertlose Güter voraus. (316)